Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Allgem. Verwaltung, Verwaltungssteuerung		Drucksachen-Nr. 164/2003
		☒ Öffentlich
		☐ Nicht öffentlich
Beschlussvorlage		
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Hauptausschuss	01.04.2003	Beratung
Finanz- und Liegenschaftsausschuss	03.04.2003	Beratung
Rat	10.04.2003	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Haushalt 2003
Haushaltssicherungskonzept

Beschlussvorschlag

Die Teilhaushalte, die in die Zuständigkeit des Hauptausschusses fallen, werden einschließlich der vorgeschlagenen Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept beschlossen.

Sachdarstellung / Begründung

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2003 mit dem Haushaltsplanentwurf für 2003 sowie der Entwurf des Haushaltsbuches 2003 wurden am 16. Januar 2003 im Rat eingebracht. Dieser überwies die Einzeletats an die Fachausschüsse. In der Ratssitzung wurde ebenfalls das Eckpunktepapier zum Haushaltssicherungskonzept verteilt, welches inzwischen vom Fachbereich 2 weiter konkretisiert wurde.

Hauptausschuss als Personalausschuss

Zu beraten wären die Personalausgaben. Sie sind im Haushaltsbuch den einzelnen Produkten zugeordnet. (Daneben sind die Personalausgaben insgesamt auf den Seiten 540 – 543 der Anlagen zum Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsbuches aufgeführt.) Die Gesamtsumme der Personalausgaben ist im Haushaltsplan 2003 mit 30.665.000 Euro (Vorjahr: 29.167.560 Euro) – ohne Sonderhaushalte – veranschlagt.

Bei den Ansätzen für die Personalausgaben ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen dem Gesamthaushalt (mit eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen) sowie dem reinen städtischen Haushalt. Die Ansätze der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen werden grundsätzlich in den Fachausschüssen beraten, so dass der Hauptausschuss vorrangig mit den Personalkosten des "Stammhaushaltes" befasst ist. Dabei ist jedoch klarzustellen, dass das Haushaltssicherungskonzept (HSK) von einem Gesamtansatz ausgeht (also einschl. Einrichtungen und Sonderhaushalte).

Demnach sieht das HSK für das Jahr 2003 einen Einsparbeitrag von 500.000 Euro vor. Zudem werden auf der Basis des tatsächlichen Tarifabschlusses (2,4 % in 2003) im Gesamthaushalt diese Mehraufwendungen ebenfalls zu erwirtschaften sein, da diese Beträge im Ansatz nicht enthalten sind. Dies kann nur durch noch restriktivere Maßnahmen im Personalhaushalt erreicht werden.

Für die Folgejahre (ab 2004) ist im HSK vorgesehen, dass die Personalkosteneinsparung gemessen vom derzeitigen Stand 1.000.000 Euro erreicht (zusätzlich zu den 500.000 Euro aus 2003 weitere 500.000 Euro). Auch hier kommt die Notwendigkeit der Ausgleiche der weiteren Lohn- und Gehaltssteigerungen hinzu

Vor diesem Hintergrund war es erforderlich, die bereits im Januar 2002 verfügbaren Maßnahmen zur Bewirtschaftung des Stellenplanes den Erfordernissen des Haushaltssicherungskonzeptes anzupassen. Im Einzelnen ist ab 01.01.2003 festgelegt worden:

1. Einstellungsstopp (Besetzung mit externen Kräften)
2. Zeitarbeitsverhältnisse sind grundsätzlich nicht mehr zulässig; bestehende Zeitarbeitsverhältnisse dürfen nicht verlängert werden
3. Überstunden sind auf das unbedingt erforderliche Maß zu begrenzen; insbesondere sollen Bereitschaftsdienste - soweit vertretbar - abgebaut bzw. reduziert werden.
4. Beförderungssperre bis zum 31.12.2003

Den Personalausgaben stehen wie in den Vorjahren Personalkostenerstattungen gegenüber. Es handelt sich um einen Betrag in Höhe von 554.084 Euro, der als Einnahme veranschlagt ist.

Hauptausschuss als Stadtentwicklungsausschuss

Zu beraten wären die Ausgaben der Stadtentwicklung. Sie sind im Haushaltsbuch auf den Seiten 394 und 401 unter der Produktgruppe 610 aufgeführt. Die Produktinformationen sind den Erläuterungen auf den Seiten 406 - 413 zu entnehmen.

Hauptausschuss für die übrigen Bereiche

In dieser Zuständigkeit wären Beratungen der Einzelpläne und Teileinzelpläne des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes sowie des Sammelnachweises für Sachausgaben und deren Umlegung auf das Haushaltsbuch erforderlich.

Bereich BM/I/II - Verwaltungsvorstand

Bereich 03 - Frauenbüro/Gleichstellungsstelle

Bereich 04 - Fachkraft für Arbeitssicherheit

Personalrat

Fachbereich 1 - Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung

Zu beraten sind die Einnahmen und Ausgaben der Bereiche

- Verwaltungsvorstand (Haushaltsbuch Seiten 41 - 54)
- Frauenbüro/Gleichstellungsstelle (Haushaltsbuch Seiten 55 - 73)
- Fachkraft für Arbeitssicherheit (Haushaltsbuch Seiten 75 - 88)
- Personalrat (Haushaltsbuch Seiten 125 - 138)
- Fachbereich 1 - Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung (Haushaltsbuch Seiten 139 - 193)

Sammelnachweis Sachausgaben

Zu beraten wären die Ausgaben im Sammelnachweis des Haushaltsplanes auf den Seiten 166 und 167.

Im Haushaltsbuch 2003 ist der Sammelnachweis auf die jeweiligen Produkte umgelegt (Verwaltungs- und Betriebsaufwand).

Die Gesamtsumme der Sachausgaben beträgt im Entwurf des Haushaltes 2003

2.145.002 Euro

Vermögenshaushalt

Zu beraten wären die Haushaltsansätze auf den Seiten 174 und 175 des Haushaltsplanes.

Haushaltssicherungskonzept

Das Eckpunktepapier zum Haushaltssicherungskonzept ist vom Fachbereich 2 in der Ratssitzung am 16. Januar 2003 verteilt worden. Darüber hinaus haben die Fraktionen später eine "Auflistung der HSK-Maßnahmen und ihre Auswirkungen auf den Haushalt" erhalten, in der die im Eckpunktepapier skizzierten Maßnahmen auf konkrete Einzelpositionen heruntergebrochen sind. Die Summe der Einsparvorschläge des Fachbereichs 1 beläuft sich dabei im

Jahre 2003 auf 183.700 Euro

sowie ab dem

Jahre 2004 auf 210.700 Euro.

Die Auflistung der HSK-Maßnahmen ist als Anlage beigefügt.

Die Umsetzung der Einzelmaßnahmen erfolgt dabei überwiegend in eigener Verantwortung des Fachbereichs 1. In zwei Fällen ist jedoch eine separate Beschlussfassung erforderlich.

1. Reduzierung Vertragsumfang Stadtgrafiker

Zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und Grafik-Designer Heiko Thurm besteht eine durch den Hauptausschuss am 21. Oktober 1997 beschlossene vertragliche Vereinbarung, die sich jeweils um ein Jahr verlängert, wenn sie nicht spätestens sechs Monate vor Ablauf des Jahres von einer der Parteien gekündigt wird. Der bestehende Vertrag sieht eine Arbeitsleistung von monatlich 40 Stunden bei einem Jahreshonorar von 25.462,23 € (ehemals 12 x 4.150 DM) vor. Die jetzt beabsichtigte Reduzierung um 8.000 € setzt eine Vertragsänderung voraus, die zum 30. Juni 2003 vollzogen sein müsste, sollte die Einsparung von 8.000 € erstmals 2004 wirksam werden.

Teilbeschlussantrag:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, das mit Grafik-Designer Heiko Thurm bestehende Vertragsverhältnis zum 30. Juni 2003 zu kündigen und in einer modifizierten Vereinbarung mit einem um 8.000 € reduzierten Jahreshonorar und einer entsprechend geminderten Stundenleistung fortzusetzen.

2. Verzicht auf Besuchsprogramm NS-Zwangsarbeiter

In der vom Rat beschlossenen Resolution vom 27.06.2000 heißt es unter Ziffer 4:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, sich mit der Stadt Köln und dem NS-Dokumentationszentrum in Verbindung zu setzen, um ein ähnliches Modell zu entwickeln, einmal jährlich Zwangsarbeiter als Symbol der Versöhnung in die Stadt einzuladen.

Auf der Grundlage dieses Beschlusses wurde in der Zeit vom 1.7 bis 5.7. 2002 erstmalig ein derartiges Besucherprogramm durchgeführt.

Für die Durchführung von NS-Besucherprogrammen wurden bei HSt. 000.630.77 – Veranstaltungskosten – zusätzliche Mittel in Höhe von 5000 € bereitgestellt.

Die Abwicklung des Besucherprogramms im Jahr 2002 hat haushaltsmäßige Kosten in Höhe von 2.860 € verursacht.

Dieser relativ geringe Kostenaufwand ist dem glücklichen Umstand zu verdanken, dass in erheblichem Umfang ehrenamtliche Arrangements zustande gekommen sind. Dies bezieht sich insbesondere auf die ehrenamtliche Betreuung durch Herrn Wilfried Krüger (ehem. Leiter FB 5) und die Übersetzungstätigkeit eines städtischen Mitarbeiters bei der VHS.

Nicht unerwähnt bleiben darf auch der enorme verwaltungsinterne Aufwand, der die Abwicklung eines derartigen Besucherprogramms erst möglich gemacht hat. An dem verwaltungsinternen Zustandekommen des Besucherprogramms waren neben dem federführenden Stadtarchiv das Bürgermeisterbüro, Fachbereich 1 (Logistik, Finanzen) und die VHS (Übersetzungstätigkeiten) beteiligt.

Es wird **vorgeschlagen**, entsprechend dem Eckpunktepapier zum Haushaltssicherungskonzept auf die Durchführung von jährlichen NS-Besucherprogrammen zumindest für die Dauer der Haushaltssicherungsphase zu verzichten.